Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das Institut der deutschen Wirtschaft ist. Die INSM verfügte 2012 nach Abzug von Steuern über einen Jahresetat von 6,97 Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.[1] Das Stockholm Network, eine Dachorganisation neoliberaler Denkfabriken, führt die INSM als Mitglied.[2] Die INSM hat LobbyControl dagegen eine Mitgliedschaft bestritten. Man habe nur einen Linktausch vereinbart.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)	
Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte ... 2
2 Ziele ... 2
3 Geschäftsführung, wissenschaftliche Beratung und Beirat ... 3
3.1 Geschäftsführer ... 3
3.2 Beirat ... 3
3.3 Wissenschaftliche Beratung ... 3
4 Förderverein, Kuratoren und Botschafter ... 4
4.1 Förderverein ... 4
4.2 Kuratoren ... 5
4.3 Botschafter ... 5
4.4 Ehemalige Kuratoren und Botschafter ... 7
5 Außendarstellung ... 7
6 Öffentlichkeitsarbeit ... 8
6.1 Mediale Mittel ... 8
6.2 Reformbarometer/Rankings/Monitore ... 9
6.3 Medienkooperationen/gemeinsame Veranstaltungen ... 10
6.3.1 Zeitungen ... 10
6.3.2 Fernsehen/Radio/Video ... 11
6.4 Unterrichtsmaterialien ... 11
7 Kampagnen ... 12
7.1 Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) gegen die Förderung des Ökostroms ... 12
8 Verhältnis zu den Medien ... 12
9 Vorwürfe ... 13
9.1 Schleichwerbung ... 13
9.2 Einschüchterung von Medien ... 13

9.3 Einwirkung auf Suchmaschinen 13
10 Weiterführende Informationen 13
11 Einzelnachweise 13

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmetall) gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.[3] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH “ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des Institut der deutschen Wirtschaft gebündelt sind.[4] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation Scholz & Friends betraut. Diese hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“[5] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Seit 2010 wird die INSM von der Agentur Serviceplan Public Opinion betreut.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.[6] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.[7] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.[8] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.[9]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die schnelle Einführung der Rente mit 67

gefordert. Mindestlöhne werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird schlecht geredet und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Der Grund liegt auf der Hand: Die gesetzlichen Versicherungen werden von den Arbeitgebern mitfinanziert, die privaten kapitalgedeckten Versicherungen bezahlen dagegen allein die Arbeitnehmer. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Geschäftsführung, wissenschaftliche Beratung und Beirat

Geschäftsführer

- Hubertus Pellengahr (seit Januar 2010)
  - ehemaliger Geschäftsführer des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE)
  - Policy Fellow des Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Ehemalige Geschäftsführer:[10]

- Tasso Enzweiler, Chefreporter bei der Financial Times Deutschland, wechselte als Managing Director zur Kommunikationsberatung Hering Schuppener und ist jetzt Managing Director bei Ketchum Pleon Deutschland
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim BDI
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden[11] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Martin Kannegießer
  - Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der INSM
  - Präsident des Dachverbandes CEEMET der europäischen Metall- und Arbeitgeberverbände
  - Ehrenpräsident und langjähriger Präsident von Gesamtmetall

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das Institut der deutschen Wirtschaft, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Instituts der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. Der Politologe Rudolf Speth hat den Eindruck, bei der INSM handle es sich um die Marketingabteilung des Instituts der deutschen Wirtschaft.[12] In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten zusammen.

Förderverein, Kuratoren und Botschafter

Die Mitglieder des Fördervereins sowie die Kuratoren und Botschafter sind zu einem großen Teil auch Mitglieder von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, Mitglieder der CDU und dieser nahestehenden Organisationen (Wirtschaftsrat der CDU, Konrad-Adenauer-Stiftung), Mitglieder der FDP und dieser nahestehenden Organisationen (Friedrich-Naumann-Stiftung, Liberales Netzwerk) sowie Mitglieder der neoliberalen Netzwerke Ludwig-Erhard-Stiftung, Stiftung Marktwirtschaft, Friedrich August von Hayek Stiftung und Konvent für Deutschland.

Förderverein

2005 wird der Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. gegründet.

Zu den Gründungsmitgliedern gehören:

- Hans Tietmeyer (Vorsitzender) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, jetzt ist er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- Florian Gerster, SPD, Präsident des Bundesverband Briefdienste, Beiratsvorsitzender des amerikanischen Immobilieninvestors Fortress Investment Group, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
- Johanna Hey, Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"[13]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah[14], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- Friedrich Merz, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsrats der CDU, Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert, "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- Carl-Ludwig Thiele, Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank, bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Weitere Mitglieder sind:

- Michael Hoffmann-Becking, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller in Düsseldorf (Schwerpunkt der Tätigkeit: Beratung von börsennotierten Unternehmen und Familiengesellschaften), Mitglied von Aufsichtsräten/Beiräten: C.H. Boehringer & Sohn, Ingelheim; Delton AG, Bad Homburg; Felix Schoeller Holding GmbH & Co.KG, Osnabrück; Rheinbahn AG, Düsseldorf; HSCB Trinkaus & Burkhardt KGaA, Düsseldorf; Hella KGaA Hueck & Co., Lippstadt. Hoffmann-Becking ist mit einer Beteiligung von 11,1 % Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG, die 93,7 % an der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH hält[15]
- Marie-Luise Dött, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer, Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Kuratoren

- Vorsitzender des Kuratoriums: Wolfgang Clement (ehem. SPD-Politiker, Ex-NRW-Ministerpräsident, Ex-Bundeswirtschaftsminister, Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, ehemaliges Mitglied des Konvent für Deutschland)[16]
- Stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender des Beirats: Martin Kannegiesser (ehemaliger Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall)
- Kurator: Randolf Rodenstock (Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke G. Rosenstock GmbH & Co. KG, in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem INSM-Finanzier Gesamtmetall und der INSM-Muttergesellschaft Institut der deutschen Wirtschaft jeweils als Vizepräsident)
- Kurator: Michael Hüther (Direktor und Mitglied des Institut der deutschen Wirtschaft, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU)

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.[17] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Als Botschafter werden auf der Website der INSM benannt (Stand: September 2012):

- Hans-Wolfgang Arndt (Professor für Steuerrecht, ehemaliger Rektor der Uni Mannheim, Mitglied des Beirats der Mannheimer AG Holding[18], Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der sybo Steuerberatungsgesellschaft[19], Mitarbeiter der Bertelsmann-Kommission "Verfassungspolitik und Regierungsfähigkeit" 2002)
- Hans D. Barbier (Wirtschaftspublizist, Verfasser der Kolumne "Zur Ordnung" in der FAZ, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, Chefredakteur und geschäftsführender Herausgeber der Vierteljahreshefte der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Preisträger 2011 der Friedrich August von Hayek Stiftung)
- Arnulf Baring (Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung und ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Liberales Netzwerk und der Friedrich August von Hayek Gesellschaft)
- Roland Berger (Unternehmensberater, Mitbegründer und Mitglied des Konventkreises des Konvent für Deutschland)

- Christof Burmann (Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere innovatives Markenmanagement, der Uni Bremen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Keylens AG, Düsseldorf)
- Juergen B. Donges (ehemaliger Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik und ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Kronberger Kreises der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Beirats der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft)
- Dominique Döttling (Geschäftsführende Gesellschafterin der Unternehmensberatung Döttling & Partner, Mitglied im Mittelstandsbeirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Gesellschafterin von re:public)
- Florian Gerster (siehe Förderverein)
- Eberhard von Körber (Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, Vizepräsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB, 1990- 98 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl)
- Oswald Metzger (Studium der Rechtswissenschaften ohne Abschluss, 1974 bis 1979 Mitglied der SPD, 1987 bis 2007 Mitglied der Grünen, 2008 Eintritt in die CDU, Beisitzer im Bundesvorstand der CDU-Mittelstandsvereinigung, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied des Strategischen Beirats der Die Familienunternehmer - ASU, Mitglied des Aufsichtsrats der Conergy AG, Kolumnist von Handelsblatt und Fuldaer Zeitung)
- Arend Oetker (Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied des Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Präsident des Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Vorsitzender des Stiftungsrats der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke)
- Karl-Heinz Paqué (FDP-Politiker, Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Otto-von-Guernicke-Universität Magedeburg, Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, ehemaliger Finanzminister von Sachsen-Anhalt, Mitglied im Konvent für Deutschland und der Friedrich August von Hayek Gesellschaft[20])
- Rolf Peffekoven (ehemaliger Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, Schattenkandidat für das Amt des Finanzministers im Wahlkampf der rheinland-pfälzischen CDU im Wahlkampfjahr 2006
- Bernd Raffelhüschen (Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Mitglied des Aufsichtsrat der ERGO Versicherungsgruppe, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, Mitglied des Vorstands der Stiftung Marktwirtschaft)
- Arndt Rautenberg (Geschäftsführender Partner bei RölfsPartner Management Consultants, zuvor Zentralbereichsleiter bei der Telekom)
- Thomas Straubhaar (Direktor des Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, HWWI, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Beirats des Berlin Manhattan Institut)
- Dagmar Schipanski (Physikerin und CDU-Politikerin, ehemalige Präsidentin des Landtages von Thüringen, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, Mitglied des Verwaltungsrates des MDR, Rektorin des Studienkollegs zu Berlin)

- Nikolaus Schweickart (Vorsitzender des Aufsichtsrats der bundeswehreigenen Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (g.e.b.b.), Vorsitzender der Altana Kulturstiftung gGmbH, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Altana AG und Vorsitzender der „Herbert Quandt-Stiftung".[21] Die Altana AG ist neben der Familie Quandt die größte Spenderin der CDU.[22][23] Er ist Ehrenmitglied des Wirtschaftsrates der CDU und Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Marktwirtschaft).
- Lothar Späth (CDU, ehemaliger BaWü-Ministerpräsident, ehemaliger Geschäftsführer der Jenoptik, ehemaliger Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch, berät heute vor allem mittelständische Unternehmen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG[24])
- Erwin Staudt (Präsident des VfB Stuttgart, SPD, ehemaliger Vorstand der Geschäftsführung von IBM Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats der Grenke Leasing AG, der PROFI Engineering Systems AG, der USU AG und der Hahn Verwaltungs-GmbH, Mitglied des Beirats der Deutschen Bahn in Stuttgart)
- Ulrich van Suntum (Geschäftsführender Direktor des Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung und Direktor des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Autor des "Standort-Ranking" der Bertelsmann Stiftung, das Länder nach den Gewinnerzielungsmöglichkeiten für Unternehmen bewertet)
- Hans Tietmeyer (ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich August von Hayek Stiftung, der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung)

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

- Edmund Stoiber (ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU-Politiker, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender von 1999 bis 2007, verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen)
- Michael Glos (CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie von 2005 bis 2009)
- Paul Kirchhof (ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet)[25]
- Siegmar Mosdorf (ehemaliger SPD-Politiker, Staatssekretär a.D., Partner der PR-Agentur CNC Communications & Network Consulting, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung)
- Marie-Luise Dött (siehe Förderverein)
- Christine Scheel (ehemalige Politikerin der Grünen, trat im Dezember 2004 aus der INSM aus[26], beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen[27], Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting)
- Johann Eekhoff, am 3. März 2013 verstorben (Staatssekretär a.D., Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung)

Außendarstellung

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff Initiative ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei Gesamtmetall, die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren. Eine besondere Rolle kommt den Reformbarometern /Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu. Bei wichtigen Kampagnen werden Agenturen eingeschaltet - so die Agentur Serviceplan beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne"

Mediale Mittel

Neben Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und dem INSM Lexikon sind von Bedeutung:

Anzeigenkampagnen

Anzeigen werden etwa alle sechs Wochen in allen großen überregionalen Tageszeitungen platziert. Sie werden von der kooperierenden Werbeagentur gestaltet. Im Juli 2011 war das Motto: „Vollbeschäftigung verträgt keine Pause“.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig meist vom Institut der deutschen Wirtschaft erstellte Studien zu aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Themen vor. Gelegentlich arbeitet sie dabei auch mit dem Forschungsinstitut HWWI zusammen, dessen Direktor der INSM-Botschafter Thomas Straubhaar ist (Beispiel: Vorstellung des HWWI-Gutachtens „Wege zur Vollbeschäftigung).

Veranstaltungen

- Hauptstadtforum ist eine Veranstaltungsreihe, in der die INSM seit 2006 aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen mit Politikern und Wissenschaftlern diskutiert. Das Hauptstadtforum 2012 war die dritte Kooperationsveranstaltung mit der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)
- Marktwirtschaftlicher Dialog

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner sowie Experten für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-,Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder sogar als Überregulierung negativ bewertet.

DACH-Reformbarometer

Das Institut der deutschen Wirtschaft erstellt gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse ein jährliches Reformbarometer für die drei Länder. Im DACH 2009 wird für Deutschland vermerkt: "Die Finanz- und Wirtschaftskrise befreite die inzwischen abgewählte Große Koalition von ihrer reformpolitischen Agonie, die zu mehr Mindestlöhnen, längerem Arbeitslosengeld-I-Bezug und außerplanmäßigen Rentenerhöhungen geführt hatte".

Bundesländerranking

Die INSM lässt jährlich gemeinsam mit der Wirtschaftswoche von der Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH ein Bundesländerranking erstellen

Schuldencheck Bundesländer

Der Schuldencheck Bundesländer wird im Auftrag der INSM vom Institut der deutschen Wirtschaft erstellt

Städteranking

Das Städteranking wird von der Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH im Auftrag der INSM und der Wirtschaftswoche erstellt

Deutschland-Check

Im Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft für die INSM und die Wirtschaftswoche die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung sowie aktuelle politische Aktionen (Im August 2011: Abbruch der Einführung des elektronischen Entgeltnachweises „Helena“)

Regierungsranking

INSM und die "Welt“ präsentieren für „Wirtschaft und Schule“ ein vom „Welt“-Autor Peter Hahne auf der Basis eines INSM-Dossiers erstelltes Regierungsranking.[28] In diesem wird die von der Regierung Adenauer eingeführte gesetzliche Rentenversicherung (von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam finanziert) als „epochale Fehlentscheidung“ bezeichnet. Gleichzeitig wird die Abschaffung von Ansätzen einer kapitalgedeckten Rente, die nur von den Arbeitnehmern bezahlt wird, bedauert.

Bildungsmonitor

In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet. Analyse und Kritik des Bildungsmonitor 2010: Studie von Kaphegy 2011

Kindergartenmonitor

Der Kindergartenmonitor wird vom Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH im Auftrag der INSM und der Zeitschrift Eltern erstellt

Medienkooperationen/gemeinsame Veranstaltungen

Zeitungen

aktuell (Stand: August 2011)

Wirtschaftswoche

Kooperation mit der Wirtschaftswoche beim "Bundesländerranking", dem "Städteranking" und dem "Deutschland-Check". Gemeinsame Umfragen (so 2011 die Unternehmensumfrage zur Euro-Krise, eine Umfrage der Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH im Auftrag von INSM und Wirtschaftswoche).

Die Welt

Das sechste INSM-Hauptstadtforum wurde am 27. September 2011 zum dritten Mal in Kooperation mit der Welt-Gruppe veranstaltet.

Kooperation mit der Welt beim "Regierungsranking"

Fuldaer Zeitung

Die Fuldaer Zeitung organisiert Veranstaltungen mit der INSM und veröffentlicht wöchentlich Kolumnen des INSM-Botschafters Oswald Metzger und des Journalisten Günter Ederer. Metzger und Ederer sind Mitglieder der Friedrich August von Hayek Gesellschaft. Die Kolumnen werden auch auf der Website der Friedrich August von Hayek Gesellschaft veröffentlicht.[29] Die Parzeller & Co. KG, die die Fuldaer Zeitung herausgibt, ist Mitglied und Förderer der wirtschaftsnahen Lobbygruppe Konvent für Deutschland.[30] Am 26. Mai 2009 protestierten Anhänger des DGB und Beschäftigte gegen arbeitnehmerfeindliche Beschäftigungsbedingungen und die einseitig unternehmerfreundliche Berichterstattung der Fuldaer Zeitung.[31]

Financial Times Deutschland

Der INSM-Botschafter Oswald Metzger darf gelegentlich kommentieren (z. B. am 9. August 2011 unter dem Titel "Gralshüterin der Haushaltsdisziplin").

Focus Money

Focus Money hat das Schulprojekt Wir erklären die Wirtschaft ins Leben gerufen. Das Projekt wird von der INSM unterstützt. Im Juni 2009 veröffentlichte Focus Money in Kooperation mit der INSM das Themenheft "Die Finanzkrise und die Lehren daraus".[32]

Eltern

Der Kindergartenmonitor wird von der INSM und der Zeitschrift "Eltern" erstellt.

Frankfurter Rundschau

Die INSM veranstaltete am 16. Mai 2007 gemeinsam mit der FR eine Podiumsdiskussion zum Thema "Mindestlohn"

ZEIT-Verlag

Essay-Wettbewerb zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft der INSM in Kooperation mit dem ZEIT-Verlag[33]

früher (Kooperation beendet oder Projekt eingestellt):

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

Von 2003 bis 2006 Wahl des "Reformers" und "Blockierer" des Jahres mit der FAZ[34][35]

Wirtschaftswoche

Das Merkelmeter, Politikanalyse des Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag von INSM und Wirtschaftswoche

Die ZEIT

Die Kooperation mit der ZEIT bei der Erstellung des "Bildungsmonitor" ist inzwischen beendet worden.

Handelsblatt

Die ordnungspolitische Kolumne des INSM-Botschafters Oswald Metzger gibt es nicht mehr

Financial Times Deutschland

Die Financial Times Deutschland bekam einen Zuschuss der INSM für eine fünfzehnteilige Heftreihe "Ökonomie. Die Klassiker Kompakt" [36] Bei der Darstellung von Walter Euckens "Grundlagen der Nationalökonomie" handelte es sich nach Auffassung des Walter Eucken Archiv um eine verfälschende Kurzfassung, die voller falscher Behauptungen sei. Die Publikation bewege sich wegen der Beteiligung der INSM in einer Grauzone zwischen Journalismus, Werbung und Lobbypolitik. Dem Antrag auf eine einstweilige Verfügung hat das Landgericht Frankfurt im Jabuar 2005 stattgegeben.[37]

Impulse

INSM und Impulse präsentierten 2007 ein "Gründerranking", das vom Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover im Auftrag der INSM erstellt worden ist.

Fernsehen/Radio/Video

Wirtschaftspolitik verstehen ist ein gemeinsames Videoformat von INSM und ECONWATCH

Die Berliner Multimedia-Agentur Aperto AG hat 2004 die "Social Campaign" des Musiksenders MTV und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft unter www.wassollwerden.de online gebracht. An der Kampagne beteiligt sich auch der Radiosender big FM durch Radiospots.

Die INSM finanzierte 2003 teilweise einen Fernsehdreiteiler des Hessischen Rundfunks über "Märchen der Sozialpolitik" und die Notwendigkeit von Reformen in diesem Bereich.[38]

Unterrichtsmaterialien

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. Wirtschaft und Schule heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten und Berufsschülern ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.[39][40][41] Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes.

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt Wir erklären die Wirtschaft[42]

Kampagnen

Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) gegen die Förderung des Ökostroms

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005[43] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redakionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.[44] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalisten die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggebern und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Mittlerweile sind zahlreiche Journalisten und Medien selbst Teil der Kampagne der INSM, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen" des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005[45] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung Die Welt. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!" Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Vorwürfe

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.[46] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.[47] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.[48]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalisten, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredakteure oder Intendanten einzuschüchtern.[49] Kritische Journalisten würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisanten dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.[50]

Weiterführende Informationen

- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM* Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil.* INSM im Streitgespräch.
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie.* In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.* Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* , in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Einzelnachweise

1. ↑ [1], Website INSM, abgerufen am 20. November 2012
2. ↑ Webseite des Stockholm Network, abgerufen am 20.4.2012. Die INSM taucht dort unter dem Namen "New Social Market Economy Foundation" auf.
3. ↑ Alles über die INSM, Webseite der INSM, abgerufen am 04.08.2011
4. ↑ Bekanntmachung im Bundesanzeiger vom 27.07.2011 zum Geschäftsjahr 2010 der INSM

5. ↑ Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
6. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
7. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
8. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
9. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
10. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
11. ↑ Speth: Strategien, S. 30
12. ↑ Speth: Strategien,S. 31
13. ↑ Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
14. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
15. ↑ Impressum der FAZ.NET, Website faz.net abgerufen am 14. August 2011
16. ↑ Wolfgang Clement übernimmt Ruder bei Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 4. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 5. Juli 2012
17. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
18. ↑ Geschäftsbericht 2011 der Mannheimer Holding, S. 196, Website mannheimer, abgerufen am 27. Januar 2013
19. ↑ sybo Imperessum, Website sybo, abgerufen am 27. Januar 2013
20. ↑ Lehrstuhl für internationale Wirtschaft, Biographie, Website der Uni Magdeburg, abgerufen am 15.8.2011
21. ↑ Whos who Schweickart, Website Whoswho, abgerufen am 25.5.2011
22. ↑ Rudolph Speth: Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen, Arbeitspapier 127 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2007, S. 43, Website H B Stiftung, abgerufen am 25.5.2011
23. ↑ Spenden Altana, Website spenden unklarheiten, abgerufen am 25.5.2011
24. ↑ Econ Referenten Agentur Lothar Späth, Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
25. ↑ Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach, Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
26. ↑ Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
27. ↑ 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
28. ↑ Götz Hamann: Lautsprecher des Kapitals, Zeit vom 4. Mai 2005, Website Zeit, abgerufen am 21.8.2011
29. ↑ Kommentare, Website Hayek Gesellschaft, abgerufen am 29.8.2011
30. ↑ Konvent für Deutschland, Website des Konvents, abgerufen am 29.8.2011
31. ↑ verdi 6/7 2009, Website verdi, abgerufen am 28.8.2011
32. ↑ Geschäftsbericht 2009/10 Gesamtmetall, Abschnitt 09 INSM
33. ↑ INSM & ZEIT-Verlag Sieger des Essaywettberbs zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft stehen fest , Website INSM, abgerufen am 18. 3. 2013
34. ↑ FAZ: Reformer des Jahres 2005, abgerufen am 4. Mai 2010.
35. ↑ FAZ: Wer ist der Blockierer des Jahres?, abgerufen am 4. Mai 2010.
36. ↑ Hamann: Lautsprecher des Kapitals, Zeit vom 4. Mai 2005.
37. ↑ Innerklassenkampf, FAZ vom 26. Januar 2005, veröffentlicht auf der Website des Walter Eucken Archiv, abgerufen am 11. 12. 2007

38. ↑ Angriff der Schleichwerber, Frankfurter Rundschau vom 9. Januar 2007, Website FR, abgerufen am 21.8.2011
39. ↑ Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
40. ↑ Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011
41. ↑ Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke
42. ↑ Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
43. ↑ Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmids ideenschmiede, abgerufen am 5.9.2011
44. ↑ Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
45. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?], 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
46. ↑ epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.
47. ↑ Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.
48. ↑ Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.
49. ↑ Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, abgerufen am 21.8.2011
50. ↑ Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011